

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Manfred Schmidt MdB, Vorsitzender der bayerischen Landesgruppe in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, sieht Strauß im Marsch auf Bonn: Kohl kann den CSU-Chef nicht stoppen. Seite 1

Dr. Karl Heinz Klejdzinski MdB weist daraufhin, daß der Wert der Stationierung auch im Regierungslager umstritten ist: Neue Raketen bringen nicht mehr Sicherheit. Seite 3

Freimut Duve MdB formuliert Gedanken zu dem Film "The Day after": Ein Kunstfilm zeigt das wahre Gesicht des atomaren Infernos. Seite 5

Dokumentation

Wir veröffentlichen den Debattenbeitrag des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt beim SPD-Parteitag am Samstag in Köln: Genf ist gescheitert an der Immobilität der Weltmächte. Seite 6

38. Jahrgang / 222

21. November 1983

Strauß ante portas

Kohl wird sich auf Dauer des CSU-Chefs nicht erwehren können

Von Manfred Schmidt MdB
Vorsitzender der bayerischen Landesgruppe in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Hannibal ante portas! Mit diesem Menetekel erschreckte der beunruhigte Cicero einst die Römer. Nicht weniger erschreckt als Cicero dürfte Kohl sein, seit Strauß immer heftiger an das Eingangstor zur Regierung pocht oder durch Tandler pochen läßt. Nur: Kohl ist kein Cicero - weder was die rhetorische Begabung noch was die staatsmännischen Fähigkeiten betrifft. Ihm wird vermutlich mißlingen, was Cicero gelang, nämlich den unerwünschten Eindringling abzuwehren. Daß in Bonn heute kein Wettpartner mehr zu finden ist, der dagegen halten würde, daß Strauß kommt, sondern allenfalls für den Zeitraum, in dem Kohl der Belagerung standhalten kann, hat der Bundeskanzler allein sich selbst zuzuschreiben.

Erinnern wir uns: Nach dem 6. März sprachen alle von einem Traumergebnis für Kohl. Er hatte wunschgemäß eine starke, aber keine absolute Mehrheit und es gelang ihm damals spielend den gefürchteten bayerischen Wüterich, der erklärte, es sei völlig gleichgültig, wer unter ihm Bundeskanzler sei, von Bonn fernzuhalten. Die opportunistischen Teile auch in der CSU-Landesgruppe glaubten, auf Kohl und damit auf die Zukunft, nicht auf Strauß und damit auf die Vergangenheit setzen zu müssen.

Diese Traumausgangslage für Kohl hat dieser in einem halben Jahr in eine Albraumlage verwandelt. Selbst die eifrigsten publizistischen Helfer Kohls kommen heute nicht mehr umhin, seine Unfähigkeit zu geisseln. Der Einfluß der Bundesrepublik auf weltpolitische oder auf europäische Entscheidungen ist dank der Liebedienerei gegenüber der Reagan-Administration dabei, sich immer mehr dem eines europäischen Kleinstaates zu nähern; gefährliche Informations- und Entscheidungspressen häufen sich, die offen ausgetragenen

außenpolitischen Querelen verspielen das wichtigste außenpolitische Kapital: die Berechenbarkeit.

In der Innenpolitik ist die Enttäuschung über das Ausbleiben der angekündigten Erfolge groß. Den Unternehmern ist die Wende zu gering, die Arbeitnehmer sehen die steigende Arbeitslosigkeit, die absolute Hilflosigkeit gegenüber der krisengeschüttelten Stahl-Industrie und das ständige Aufdröseln des sozialen Netzes und der unbeirrbar ansteigende Raketenkurs verunsichert selbst die Kirchen.

Kein Wunder, daß in der Unionsfraktion der Ruf nach einem "starken Mann" lauter wird, daß die Opportunisten zu Strauß zurückschwenken. Die Lage der Regierung ist so, daß sie allenfalls noch hinhältenden Widerstand leisten kann, Kohl wird sich, nachdem die stark angeschlagene FDP kaum Entsatz bieten kann, auf längere Sicht Straußens nicht erwehren können. Es gilt der alte Satz: Wer ein Machtvakuum schafft, braucht sich nicht zu wundern, wenn einer hineindrängt. Vermutlich wird Strauß als vermeintlicher Retter sogar noch mit Hosianna-Rufen (Übersetzung: "Hilf mir doch") von großen Teilen der Union empfangen werden.

Diese Haltung ist umso erstaunlicher als Strauß gerade jetzt durch seinen Ehrgeiz die CSU in eine schwierige Lage gebracht hat. Seine außen- und deutschlandpolitische Prinzipienlosigkeit, durch die er seine Politikfähigkeit gegenüber dem Osten demonstrieren wollte, hat nicht nur zum Austritt von Bundestagsabgeordneten und einer Reihe von CSU-Mitgliedern, sondern auch zu einem unüberhörbaren Rumoren an der Basis geführt. Bei der Kommunalwahl im nächsten Jahr stehen sich in einer Reihe von Orten konkurrierende CSU-Bewerber gegenüber und die in München im Stile eines Bauerntheaters geführte Auseinandersetzung Hundhammer/Riedl hat sicher das Ansehen der CSU nicht erhöht. Daß Wiesheu selbst den Anlaß dazu lieferte, hat die Dingfestmachung eines unschuldigen Sündenbocks sicherlich erleichtert.

Ein der Landespolitik überdrüssiger und angeschlagener Strauß ist freilich besonders gefährlich. Er wird die Kohl-Demontage solange fortsetzen, bis dieser völlig wehrlos ist. Vielleicht ist für Strauß Kohl dann sogar die Idealbesetzung für den, der unter ihm Kanzler ist. (-/21.11.1983/bgy/rs)

+ + +



Wert der Stationierung auch im Regierungslager umstritten

Neue Raketen bringen nicht mehr Sicherheit

Von Dr. Karl Heinz Klejdzinski MdB

Wenn es um den Wert der Stationierung geht, spalten sich auch in der Regierungspartei die Geister, wenn einerseits der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Dr. Lothar Rühl, in einem Beitrag vor sachverständigem Publikum anlässlich einer Tagung am 19. und 20. August 1983 in der Führungsakademie Hamburg erklärt: "Eine Verwandlung der Abschreckungsstrategie in eine Kriegsführungsstrategie existiert allein in der Vorstellung derjenigen, die falsche Schlüsse aus den Fähigkeiten der Streitkräfte ziehen und die Tatsachen entweder nicht beachten oder mißdeuten." Und führt weiter aus: "Antworten auf Kernfragen an die Sicherheit durch Rüstung und an die Abschreckung auf Gegenseitigkeit können nicht durch Vorhersagen gegeben werden. Die Umfänge der strategischen Waffenarsenale der beiden Seiten haben, auch ohne Anrechnung der britischen und französischen Kernwaffen, eine Größenordnung für die Darstellung und sichere Aufrechterhaltung der globalen Abschreckung geschaffen, die ohne Sicherheitsverlust erhebliche Einschnitte erlaubt."

Andererseits sehen andere führende Vertreter der Bundesregierung, Kenner der Materie, eine erhöhte Kriegsgefahr im Falle des Verzichts auf Nachrüstung voraus. Dies wird unter anderem auch damit begründet, daß die Sowjetunion sich auf Freiräume konzentriert habe, die die von SALT erfaßten strategischen Systeme nicht berühren und daß sie so erreicht habe, das strategisch relevante Kräfteverhältnis zu ihrem Vorteil zu verändern.

Dieser Irrtum scheint auch beim Generalinspekteur der Bundeswehr, General Aitenburg, Pate gestanden zu haben, ansonsten ist seine Meinung nicht verständlich, die er jüngst in einem Interview in "Weltbild", dem großen christlichen Magazin (Nr. 22/ vom 28. Oktober 1983) vertrat, nämlich: "Wenn der Westen bei einem Scheitern der Genfer Verhandlungen auf Nachrüstung verzichtet, erhöht sich die Kriegsgefahr."

Inwieweit seine veröffentlichte Meinung, er habe sich mehrfach persönlich von der Ernsthaftigkeit des amerikanischen Verhandlungswillens überzeugt, die Begründung für seine Einschätzung ist, zumal er gleichzeitig die Vermutung äußert, er habe den Eindruck, daß die Sowjets Grundsatzpositionen aufbauen, um eine Einigung unmöglich zu machen, kann nicht hinreichend beurteilt werden.

Bedenklichkeit ruft auch die vertretene Meinung hervor, die Stationierung der Pershing II sei nur notwendig, um den Einsatz der SS 20 zu verhindern. Dies ist eine Verkürzung der Problematik, die dem Entscheidungsgegenstand in keiner Weise gerecht wird.

Bei Abwägung aller zugänglichen Quellen muß man davon ausgehen, daß alle diejenigen die Situation falsch beurteilen, die behaupten, der Verzicht auf eine Stationierung bedeute grundsätzlich eine unverantwortliche Beeinträchtigung der westlichen Sicherheit. Diejenigen, die so argumentieren, unterstellen nämlich beziehungs-



weise gehen davon aus, eine weitere Stationierung zusätzlicher atomarer Mittelstreckenwaffen sei der einzige Weg, um gegenseitige Sicherheit zu bieten.

Es ist jedoch hinlänglich bekannt, daß die modernen Waffentechnologien gegensätzliche Wirkungen auf die Krisenstabilität der Waffensysteme beider Seiten haben. Deshalb dürfen wir nicht zulassen und müssen argumentativ dagegen halten, daß nur noch die Auffassung als verantwortungsbewußt anerkannt wird, die als Gegengewicht gegen sowjetische Bedrohung unbedingt strategische Atomwaffen mitten unter uns stationiert sehen will.

Ich bin der Überzeugung - und diese Überzeugung stützt sich auf verlässliche Quellen - eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wäre nicht nur willens, sondern auch argumentativ in der Lage gewesen, sich für ein "Genfer Ergebnis" einzusetzen, daß die Stationierung überflüssig macht.

Wenn es zu einer nachhaltigen Abkühlung im Ost-West-Dialog kommt, zu einer Abkühlung, die zäh errungene Erleichterungen für die Menschen in Ost und West wieder fraglich macht, dann haben diejenigen es zu vertreten, die nicht bereit sind, den Verhandlungsspielraum auszuloten, weiter zu verhandeln, eben um die Rüstungsspirale zum Stehen zu bringen und die glauben, mit einem Stationierungsbeginn während der Verhandlungszeit zu einer stärkeren Verhandlungsposition zu kommen.

(-/21.11.1983/ks/rs)

+ + +



"The Day after" - Der Tag danach

Ein Kunstfilm zeigt das wahre Gesicht des Atomkrieges

Von Freimut Duve MdB

Das verbrannte, verkohlte, verseuchte Kansas City - das Ende der amerikanischen Zivilisation? Solche Bilder des Films "The Day after", den am Wochenende über 50 Millionen Amerikaner gesehen haben, entsprechen nicht den Kriegsbildern der Amerikaner in der Vergangenheit. Das sind Filmbilder, die den offiziellen Photographien des amerikanischen Grenada-Monats Oktober entgegenstehen:

Der zerschmetterte Helikopter am Strand von Grenada, die rotumrandeten Augen eines Generals bei der Trauerfeier, die großen betuchten Särgе in Reih und Glied, die Überseemaschinen, aus denen die Kisten gefahren werden, die zornige Entschlossenheit im Gesicht des Präsidenten. Die Bilder des Krieges, mit denen Amerika seit Jahrzehnten lebt, haben mit den Anti-Bildern der Massenvernichtung im modernen Krieg kaum etwas zu tun. "Americans at war" hieß die Grenada-Titelgeschichte in Newsweek und sie hat Bilder gezeigt vom Krieg mit dem Gewehr, vom Tod am Strand. Amerikas Kriegsbilder sind heldisch wie der alte Krieg der Männer. Einzelne fahren, reisen ab, einzelne kämpfen mit der Waffe in der Hand, sterben mit der Waffe in der Hand. Schon die Harakiri-Bombe in Beirut hatte dieses Bild zerrissen. Das Zusammenstürzen eines Gebäudes, das Überraschtwerden im Schlaf, die Bombe, die das Haus in die Luft jagt.

Unsere kollektiven europäischen Kriegsbilder sind anders. Ausgebrannte Häuser in unseren Straßen, aufgerissene Bahnhöfe. Unsere Kriegsbilder - das sind die Maschinen gegen Frauen und Kinder, das sind die Mütter im Bunker mit den müden schreienden Babies zehn Minuten nach dem Bombenalarm. Fünf-Minuten-Warnung, Entwarnung. Unsere Kriegsbilder - die Soldaten am Hauptbahnhof müde und zerrissen - im Güterwagen aus Rußland zurück. Auch die Russen und Polen haben andere Kriegsbilder. Soldaten gegen Frauen und Kinder, Soldaten, die die Wohnungstür eintreten um einzutreten. Erschießungskommandos auf den Marktplätzen, die abgeführten Kolonnen der Juden, die Fackelhütten der Bauern. Wir unterscheiden uns wohl grundsätzlich in dem, was an Bildern vom Kriege in uns steckt. Wenn ein Amerikaner den Atomkrieg für führbar hält und gewinnbar, dann ruft er bei seinen Leuten eben Heldenbilder, die traurigen Heldenbilder von Grenada, wach. Der gleiche Satz ruft bei uns Erinnerung und Trauer hervor.

Schon der Zweite Weltkrieg war für viele ein Hiroshima-Krieg in Hamburg, in Dresden, Feuersbrünste und verkohlte Menschen. Die Amerikaner wissen wenig von unseren Kriegsbildern, die Generation, die die zerschossenen Städte gesehen hatte, ist im Ruhestand. Die Bilderwelt der Raketenzeit braucht heldische Einzelszenen. Grenada ist der Krieg, wie er nicht ist. "The Day after" versucht im Film, die Atomwirklichkeit zu zeigen. In Wahrheit wird wohl der Krieg der Atomwaffen, der chemischen Waffen, der Strahlen, Gase und Gifte keine Bilder haben. Das verstrahlt, vergast und vergiftet bilderlos, wortlos. Wo mit Falschbildern Weltpolitik gemacht wird, muß ein Kunstfilm die Wahrheit zeigen.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, auf die verfilmte Atom-Apokalypse zu reagieren:

- Die Lähmung aus Entsetzen,
- die Resignation aus Angst,
- die Entwicklung konkreter, politischer Ziele auch in den Köpfen der Zuschauer.

In den USA wird der Ruf immer lauter, auf den Ersteinsatz mit Atomwaffen vollständig zu verzichten. Dieser Verzicht auf den Ersteinsatz ist für viele realistischer und unmittelbarer als der europäische Ruf nach atomwaffenfreien Zonen. Wir werden uns hier in Europa darauf einstellen.



D O K U M E N T A T I O N

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt äußerte sich auf dem SPD-Parteitag am Samstag in Köln in einem engagierten Redebeitrag zu der Problemstellung der Sicherheitspolitik, mit der die Partei jetzt konfrontiert ist.

Genf ist an der Immobilität der Weltmächte gescheitert

Dieser Tage ist gelegentlich die Frage gestellt worden, ob ich recht beraten gewesen sei, während einer Fraktionssitzung im September zu sagen, daß mich nicht erst seit gestern, sondern schon seit vorgestern schwere Bedenken begleitet hätten, was den Gegenstand angeht, der uns heute befaßt. Und der Gegner hat sogar den Vorwurf der Irreführung erhoben. Nun denke ich: Erstens wär's ja nicht so schlimm, wenn man auch auf seine alten Tage noch fähig bliebe, weiterzudenken.

Aber zweitens habe ich ja kein Geheimnis enthüllt, sondern wer mal, auch von der Presse, in das Protokoll des Parteitags von Berlin 1979 hineinschaute, weiß ja - und Helmut Schmidt hat es damals im Schlußwort honoriert -, daß ich mir's nicht leichtgemacht habe - wie andere auch nicht -. Im Übrigen wär's keine Schande, daß sich der Vorsitzende entschlossen hatte, seinen Nachfolger im Amt als Bundeskanzler in dem von ihm zu verantwortenden Handeln nicht zu behindern, sondern nach Möglichkeit das Handeln möglich zu machen.

Freilich ist es auch die Aufgabe eines Vorsitzenden, zu einem Verhalten beizutragen, das Einigkeit dort bewirkt, wo Einigkeit substantiell möglich ist.

Ich berufe mich nicht in jedem Zusammenhang auf Friedrich Ebert. Ich weiß zu würdigen, was er im Deutschen Reich nach allem Elend dargestellt und bewirkt hat. Ich gebe dies weiter, wer immer von mir den Stab - wenn's denn einer ist - übernimmt. Ebert sagte in einer schwierigen Situation der Partei: "Wer an der Spitze der Partei steht, hat die Partei zusammenzuhalten. Das ist das Bebel'sche Vermächtnis an uns."

Nun frage ich, liebe Genossinnen und liebe Genossen: Woran ist es denn gescheitert? Wir sagen so leichthin: weil nicht ernsthaft verhandelt worden ist. Das heißt auf gut Deutsch: wegen der Immobilität beider Weltmächte, der uns befreundeten - ich sage auch heute noch: uns befreundeten - amerikanischen Großmacht, aber auch und nicht zuletzt der östlichen Weltmacht, über die mich niemand zu belehren braucht, was ihre Machtentfaltung und den Inhalt ihrer Machtergreifung betrifft. Aber Genf - und ich sage jetzt: machen wir uns nichts vor, machen wir uns keine Illusionen mehr - Genf ist gescheitert mit dem, was ab Mittwoch in der Bundesrepublik Deutschland beginnt. Genf ist im besonderen gescheitert wegen der Sturheit derer, die es aus ihrer Sicht der Dinge für wichtiger gehalten haben, Pershing II nach Deutschland zu bringen, als SS-20 im anderen Teil der Welt herunterzuverhandeln.

Und ich sage, das ist aus meiner Sicht der Dinge gegen die Interessen Europas, gegen die Interessen der Deutschen im besonderen in beiden Teilen Deutschlands.

Nach einigem, was hier heute vormittag gesagt wurde, glaube ich nicht, daß wir es auf diesem Parteitag nötig hätten, unsere Haltung zum Kommunismus neu zu bestimmen. Ich glaube nicht, daß es hier einen Zweifel auszuräumen gilt, was unsere Rolle als Teil Europas und des Westens angeht, auch nicht was unsere Haltung zur Bundeswehr angeht. Da stimme ich Hans Koschnick und anderen, die sich geäußert haben, ganz ausdrücklich und mit starker Unterstreichung zu. Wir sind deutsche Sozialdemokraten, und das heißt, deutsche Europäer. Ich sage das auch dort, wo man nicht jedermanns Beifall findet.

Wenn hier heute früh an den 22. Oktober erinnert worden ist, dann habe ich nicht das Gefühl geht, zu Fremden zu gehen, sondern dorthin zu gehen, wo vor mir schon viele Tausende und aber Tausende deutscher Sozialdemokraten waren.

Außerdem wünschte ich mir, daß unsere Partei, ohne zu überschätzen, was anderswo geschieht, selbst wieder so viel gutes und geordnetes Engagement aufbrächte wie viele, die für den Frieden auf die Straße gegangen sind.



Ich widerspreche der These, daß wir isoliert seien, aber ich unterstreiche: Deutschland und Frankreich, Frankreich und Deutschland, das bleibt das Herzstück des so mühsam wachsenden Europa. Darüber haben wir am Montag in Paris mit den französischen Sozialisten gesprochen. Aber so geht es auch nicht, habe ich dort gesagt, so geht es im Jahre 1983 auch nicht, daß man einerseits die eigenen französischen Interessen interpretiert und die deutschen noch mit, sondern die: ihre und wir: unsere, und dann muß man das, so mühsam das ist, auf einen gemeinsamen europäischen Nenner bringen. Das liegt noch vor uns, aber das ist möglich. Das erkennen wir als Aufgabe, das wollen wir.

Wir sind nicht in Gefahr - das ist die andere große Frage -, das Volk der Vereinigten Staaten im Stich zu lassen. Mit dem, was unsere Resolution vorschlägt, sind wir in Übereinstimmung mit dem, was die Mehrheit des Repräsentantenhauses in den Vereinigten Staaten beschlossen hat über das Einfrieren nuklearer Waffen.

Es gibt vieles sonst.

Der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik hat sich in einer Rede in Washington, die in hiesigen Nachrichten beachtet wurde, äußerst kritisch über die SPD geäußert. Er sagte, er mache sich Sorgen über wachsende Bestrebungen der SPD, aus der NATO auszutreten. Er könne nicht ausschließen, daß eine solche Diskussion schon im nächsten Jahr in der SPD einsetzen werde. Die Sozialdemokraten hätten heute schon weitgehend das Programm der GRÜNEN übernommen. Auf der anderen Seite meint der Botschafter Burns, die SPD könne in Bonn schon früher wieder an der Macht sein, als es viele erwarteten. Dies, so heißt die Meldung weiter, werde der Fall sein, wenn der deutschen Wirtschaft keine Erholung gelinge.

Ich stelle also fest, und das freut mich: Der Mann setzt voraus, daß wir nicht so schlecht dastehen, sondern daß wir bei unseren Menschen zunehmende Zustimmung finden. Aber sonst tut es mir leid, der Botschafter kennt sich in der Bundesrepublik noch nicht gut genug aus, und das ist schade.

Liebe Freunde, wenn ich noch einen Satz oder zwei sagen darf: Ich fürchte, wir stehen vor einem tieferen Einschnitt, als es mein Freund Hans-Jürgen Wischnewski hat anklingen lassen und als es andere vermuten. Ich bin, wenn ihr so wollt, skeptischer, sogar in diesem Fall pessimistischer als viele in bezug auf das, was uns bevorsteht, uns und anderen, aber da ich "Ben Wisch" gesagt habe, Hans-Jürgen Wischnewski erwähnt habe, muß ich folgendes hinzufügen: Hans-Jürgen, wir sind mittlerweile einen langen Weg miteinander gegangenen. Du hast für uns alle Großes auf den Weg gebracht. Ich weiß noch, wie Du eine Bundestagswahl aus einer fast hoffnungslosen Situation hast gewinnen helfen. Nichts, was uns heute in dieser Frage ein bißchen trennen mag, ändert etwas an meinem uneingeschränkten Vertrauen zu Dir. Laß uns bitte weiter zusammenarbeiten!

Im übrigen, auch wenn ich recht haben sollte mit einer eher pessimistischen Einschätzung: nicht aufgeben, gegenhalten, weitermachen. Ich habe ein paar Elemente in meiner gestrigen Rede gehabt. Hans-Jochen Vogel hat wichtige in seiner Rede gehabt, Helmut Schmidt zumal dort, wo er über die ökonomischen Dimensionen der Zusammenarbeit zwischen den Teilen Europas gesprochen hat. Wenn ihr genau hinschaut, in der EntschlieÙung, die zu unterstützen ich den Parteitag bitte, sind diese Elemente enthalten und müssen dann noch weiterentwickelt werden. Die EntschlieÙung handelt ja eben nicht nur von einem Nein, sondern sie handelt zugleich vor sehr viel Ja im weiteren Kampf um die Existenz unseres Volkes und um den Frieden in Europa und in der Welt.

Und dann, liebe Genossinnen und Genossen, wirklich die letzte Bemerkung über Mehrheiten und Minderheiten... Ich spreche hier aus eigener Erfahrung; denn ich habe im Laufe der Entwicklung der Partei schon zu den einen und zu den anderen gehört. Ich denke, wir brauchen - das sage ich in dieser Debatte und nach dem bisherigen, wie ich finde, guten Verlauf der Debatte - den Widerspruch, weil er uns zwingt, immer wieder aufs neue nachzu-



denken. Eine Partei, die immer nur Mehrheit kennt, wäre tot. Wenn das aber so ist, dann ist Duldsamkeit geboten, bitte, auch in der Partei und in den Grundorganisationen und den Wahlkreisen, ob das Hans Apel betrifft oder wen auch sonst. Jeder, der, nachdem er sein Gewissen geprüft hat, in dieser Frage anders entscheidet, hat meine volle Solidarität und muß sie auch von dieser Partei erhalten.

Trotzdem erinnere ich an die bewährte Regel: nach lebendiger Diskussion so geschlossen wie irgend möglich zu handeln. Häufig sind es freilich Minderheiten gewesen - ich denke natürlich in erster Linie an diejenigen, zu denen ich einmal gehört habe - die der Partei Impulse vermittelten oder sogar neue Wege wiesen.

Liebe Freunde, laßt uns weiter um die Inhalte ringen und, wo es sein muß, streiten. Aber laßt uns keine Zerfaserung mitmachen, die nur dem Gegner helfen würde, während wir doch in Wirklichkeit dabei sind, uns aus dem Rückschlag wieder herauszuarbeiten und zu dem hinzuarbeiten, was uns aufgetragen sein wird, nämlich die führende Partei dieser Bundesrepublik Deutschland zu sein. (-/21.11.1983/ks/rs)

+ + +

